

Mein Grundgesetz – Kreativwettbewerb zum 75-jährigen Jubiläum des Grundgesetzes

Welche Kernaussagen, welche Artikel des Grundgesetzes haben für mich eine besondere Bedeutung und warum?

„Ich bin hoffnungslos verliebt – in das Grundgesetz“. Dies verkündete Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius bei einer Veranstaltung der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ am 19. September. Auch wenn es vermutlich nicht jeder so überschwänglich und euphorisch formulieren würde, gaben immerhin 73% der Befragten in Deutschland bei einer diesjährigen Statista-Umfrage an, allgemein zufrieden mit dem Grundgesetz zu sein. Und das auch vollkommen zurecht!

Denn das deutsche Grundgesetz, das am 23. Mai 2024 75-jähriges Bestehen feierte, garantiert den deutschen Bürgerinnen und Bürgern einen der bis heute wichtigsten Werte überhaupt: Freiheit. Schon Willy Brandt war der Ansicht: *„So wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann.“* Mit anderen Worten: Freiheit und Demokratie hängen unmittelbar miteinander zusammen, die Existenz des einen bedingt die des anderen.

Auch wenn es in einem Land wie Deutschland manchmal kaum vorstellbar ist, gibt es eine Vielzahl an Staaten ohne freiheitliche und demokratische Prinzipien. Was in Ländern wie Russland, Afghanistan oder dem Iran geschieht, ist mit unseren Idealvorstellungen einer Demokratie, in der Menschen frei leben können, kaum vereinbar. Problematiken treten bereits mit Blick auf die Staatsoberhäupter der drei genannten Staaten bzw. deren Wahl auf. Gegen den russischen Präsidenten Putin hat der Internationale Strafgerichtshof am 17. März 2023 aufgrund der mutmaßlichen Deportation ukrainischer Kinder Haftbefehl erlassen, in Afghanistan ist mit der Taliban eine international weitestgehend nicht anerkannte Regierung an der Macht und der sogenannte Wächterrat hat im Iran bei der letzten Präsidentschaftswahl nur sechs von 80 Bewerbern zugelassen.

Jedoch sind auch Staaten, die sowohl geografisch als auch politisch deutlich näher an Deutschland liegen, von Beeinträchtigungen der Freiheit und der Demokratie betroffen. So wurden sowohl der EU-Mitgliedsstaat Ungarn als auch der Beitrittskandidat Serbien vom aktuellen Freedom House Index als lediglich teilweise frei bewertet und unter den sogenannten „Übergangs- oder Hybridregimen“ aufgeführt. Dies ist insbesondere insofern kritisch zu sehen, als dass die Europäische Union die Werte Freiheit und Demokratie explizit als Grundprinzipien ihrer Existenz nennt und für ihre Bemühungen um Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Mit Blick auf die Vielzahl an Staaten weltweit, in denen Freiheit und Demokratie nicht garantiert sind, wird einem erst wieder richtig bewusst, welch ein Privileg es ist, in einem demokratischen Staat zu leben, dessen Verfassung die Freiheit seiner Bürger gewährleistet.

Bereits in Artikel 1 des Grundgesetzes werden den deutschen Bürgerinnen und Bürgern Menschenrechte „als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ zugesichert. Mit diesem Absatz wird bereits die fundamentale Bedeutung, die den Menschenrechten zukommt, unterstrichen. Institutionen wie das Deutsche Institut für Menschenrechte oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die zur Überwachung der Einhaltung dieser besonderen Rechte ins Leben gerufen wurden, können in

Deutschland und der EU frei und weitestgehend unabhängig arbeiten und so den Schutz der Menschenrechte gewährleisten. Da die Menschenrechte mir als Bürgerin eine Vielzahl an unterschiedlichen Freiheiten garantieren, kommt dem ersten Artikel des GG für mich persönlich eine essenzielle Bedeutung zu.

Auch Artikel 2 ist meiner Meinung nach elementar für die Bedeutung und Garantie vieler Freiheitsrechte. Sechs Zeilen garantieren mir die freie Entfaltung meiner Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie ganz allgemein die unverletzliche Freiheit der Person. Dieser Artikel erlaubt mir und allen anderen deutschen Staatsbürgern ein nahezu uneingeschränktes Leben, was einen immensen Wert darstellt und erst zum Beispiel bei der Betrachtung der aktuellen (internationalen) Nachrichtenlage wirklich deutlich wird.

Eines der jüngsten prominenten Beispiele für Verletzungen der Menschenrechte dürfte etwa das am 28.10.2024 vollstreckte Todesurteil gegen den deutsch-iranischen Staatsbürger Jamshid Sharmahd sein. Bereits der Prozess und das Vorgehen der iranischen Regierung wurden international kritisiert, so wurde Sharmahd wohl gegen seinen Willen von dem iranischen Geheimdienst aus Dubai in den Iran gebracht, er war nicht frei bei in der Wahl seines Anwalts und es wurden Geständnisse verwendet, von denen viele Medien und Menschenrechtsorganisationen vermuteten, dass sie unter Folter entstanden sind. Internationale Organisationen wie Amnesty International beispielsweise sprechen von einem „Schauprozess“ und „der Missachtung fundamentaler Menschenrechte“, allein schon die Anwendung der Todesstrafe wird häufig als nahezu unvereinbar mit den Menschenrechten gesehen.

Aber auch hierzulande kommt Freiheit eine nicht zu unterschätzende Relevanz zu. Für besonders bedeutsam halte ich Artikel 3 und die damit verbundene Gleichheit vor dem Gesetz und die Gleichberechtigung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen. Dieser Artikel gewährleistet mir die gleichen Rechte und Chancen wie allen anderen deutschen Staatsbürgern und ist damit essenziell für eine gleiche Verteilung von Entwicklungsmöglichkeiten und -chancen. Auf politischer Ebene ist eine garantierte Gleichberechtigung auch für die Sicherung des sozialen Friedens von großer Bedeutung und trägt daher dazu bei, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Gleiches gilt für die in Artikel 4 niedergeschriebene Glaubens- und Gewissensfreiheit. Das Recht, frei einen beliebigen Glauben oder Nichtglauben auszuüben, ist ebenfalls Teil einer Gleichbehandlung aller Bürger und ihrer religiösen Anschauungen und sorgt daher für eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz, was meiner Meinung nach besonders wichtig für unser gemeinsames Zusammenleben ist.

Für ebenfalls wichtig erachte ich die Berufsfreiheit. Im ersten Absatz von Artikel 12 heißt es: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ Eine gesetzlich garantierte Berufsfreiheit in Deutschland war für mich persönlich immer etwas Selbstverständliches.

Auf die derzeitige Entwicklung mit der zunehmenden Verwendung von künstlicher Intelligenz in den verschiedensten Berufsfeldern habe ich als Privatperson jedoch kaum Einfluss. Sowohl Berufe, für die niedrigere Qualifikationen benötigt werden, bspw. in der Fertigung, als auch Jobs wie die des Anwalts oder bei der Presse werden neu betrachtet und bei vielen Stellen stellt sich schon jetzt die Frage: Sind diese Jobs im Zeitalter der künstlichen Intelligenz überhaupt noch zukunftsfähig? Werden sie über kurz oder lang noch von Menschen ausgeführt? Das Jurastudium, für das ich mich derzeit interessiere, bietet mir möglicherweise weniger Berufs- und Zukunftschancen als noch vor einigen Jahren. Auch die Arbeitsabläufe werden sich

vermutlich grundlegend verändern. Kann mir der Staat also Berufsfreiheit garantieren, wenn die Zukunft von einigen Jobs unsicher ist?

Für mich steht fest: Viele Berufe werden so, wie sie jetzt existieren, nicht komplett von KI ersetzt werden können. Das fehlende abwägende Denken beispielweise gilt bis jetzt großes Manko der Technologie. Was für mich jedoch entscheidender ist, ist die menschliche Selbstbestimmung. Eine künstliche Intelligenz, die relevante Entscheidungsgewalt bspw. in Unternehmen oder gar in der Politik besitzt, erscheint auch auf lange Sicht unrealistisch und würde vermutlich nur wenig Unterstützung und Zuspruch aus der Bevölkerung erhalten. Ebenso wenig wie der Gedanke, dass eine KI über Recht und Unrecht sowie mögliche Strafen entscheidet und damit die Tätigkeit eines Richters wahrnimmt. Denn das bedeutet Freiheit auch für mich: Eine gerechte Rechtsprechung, unabhängig von Fremdeinflüssen, mit Richtern, die jahrelang ausgebildet wurden, um fundiert urteilen zu können und die einen gewissen Ermessensspielraum bei der Urteilsfindung besitzen. Eine KI hingegen, die nicht dazu in der Lage ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, wird daher auch zukünftig wohl nicht in die Position gelangen, über Recht und Unrecht urteilen zu dürfen.

Den Freiheiten, die mir das Grundgesetz in einer Vielzahl unterschiedlichster Artikel garantiert, kommt neben meiner persönlichen Sicherheit und Freiheit jedoch eine weitere fundamentale Bedeutung zu: Der Schutz der Demokratie in Deutschland. Eine stabile und vom Volk unterstützte Demokratie funktioniert nur dann, wenn mir als Bürgerin Freiheiten garantiert sind, die zur Stärkung der Demokratie beitragen. Ohne die in der Verfassung verankerte Pressefreiheit hätte ich eventuell keine Möglichkeit, mir mithilfe von unabhängigen Medien eine differenzierte politische Meinung zu bilden. Ohne die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wäre ich vielleicht nicht imstande, für meine politische Überzeugung einzutreten. Und ohne mein Recht, an demokratischen Wahlen teilzunehmen und Abgeordnete zu bestimmen, die mich und meine politischen Interessen repräsentieren, könnte ich möglicherweise nicht aktiv an der politischen Ausgestaltung meines Landes teilnehmen.

Eine Vielzahl an Artikeln des Grundgesetzes verleiht also unterschiedlichste Freiheiten, die sowohl mir als Privatperson als auch der Demokratie in Deutschland zugutekommen. Diese Freiheiten sind meiner Ansicht nach die Basis für ein friedliches Zusammenleben in unserem Staat und daher von sehr hoher Bedeutung. Erst diese Freiheiten sorgen dafür, dass ich die Chance habe, aus verschiedenen Möglichkeiten zu wählen und frei entscheiden zu können. Ebenso garantieren diese festgelegten Freiheiten aber auch, dass ich in einem demokratischen Staat aufwachsen und leben kann, der mir meine Grundrechte und ihre politische Umsetzung gewährleistet und der mir damit einhergehend die Chance bietet, mich aktiv in die Gestaltung der Politik und des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzubringen.

Quellenverzeichnis

Mohr, Martin; „Zufriedenheit mit dem Grundgesetz in Deutschland 2024“ abgerufen von Statista, Bearbeitungsstand: 24.05.2024, [Zufriedenheit mit dem Grundgesetz 2024 | Statista](#) [Abruf: 28.09.2024]

„Peseschkian gewinnt Präsidentenwahl“ abgerufen von Tagesschau, Bearbeitungsstand: 06.07.2024, [Peseschkian gewinnt Stichwahl um Präsidentenamt im Iran | tagesschau.de](#) [Abruf: 12.10.2024]

Brandt, Willy; „So wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann.“ abgerufen bei Berlin Institut für Partizipation, Bearbeitungsstand: 12.08.2024, [„So wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann.“ – Berlin Institut für Partizipation](#) [Abruf: 28.09.2024]

„Haftbefehl gegen Putin erlassen“ abgerufen von Tagesschau, Bearbeitungsstand: 17.03.2023, [Internationaler Strafgerichtshof erlässt Haftbefehl gegen Putin | tagesschau.de](#) [Abruf: 04.10.2024]

„Countries and Territories“ abgerufen von Freedom House, [Countries and Territories | Freedom House](#) [Abruf: 27.09.2024]

„Global Freedom Status“ abgerufen von Freedom House, [Explore the Map | Freedom House](#) [Abruf: 27.09.2024]

„Ziele und Werte“ abgerufen von „Offizielle Website der EU“, [Ziele und Werte | Europäische Union \(europa.eu\)](#) [Abruf: 05.10.2024]

„Iran: Hinrichtung von Jamshid Sharmahd ist grausam und unmenschlich“ abgerufen von Amnesty International, Bearbeitungsstand: 29.10.2024, [Iran | Hinrichtung von Jamshid Sharmahd ist grausam und unmenschlich | 29.10.2024 \(amnesty.de\)](#) [Abruf: 12.10.2024]

„Oft gestellte Fragen – Was ist das Deutsche Institut für Menschenrechte?“ abgerufen von Deutsches Institut für Menschenrechte, Bearbeitungsstand: 2024, [FAQ | Institut für Menschenrechte \(institut-fuer-menschenrechte.de\)](#) [Abruf: 12.10.2024]

„Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte feiert Jubiläum“ abgerufen von bundesregierung.de, Bearbeitungsstand: 31.10.2023, [Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte | Bundesregierung](#) [Abruf: 12.10.2024]

